

VON ALEXANDER KAUSCHANSKI

Es sind vor allem wackelige Handyvideos, die das Kriegsgrauen in der Ukraine dokumentieren. Detonationsgeräusche in Charkiw, offenbar aus einem Wohnhaus heraus filmt eine Frau die Stadt, sie zoomt auf umliegende Gebäude. Auf den Dächern sind Explosionen zu sehen, Flammen lodern auf, dann steigt Rauch empor. Der Tweet, der das Video zeigt, ist auf den 28. Februar datiert, den fünften Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine. Nachrichtenagenturen melden am Dienstagmorgen, dass bei Raketenangriffen russischer Streitkräfte auf Wohnviertel der Stadt mindestens elf Menschen getötet und Dutzende verletzt worden seien, 87 Wohnhäuser seien zerstört worden.

„Charkiw ist eine friedliche Stadt, es gibt friedliche Wohngebiete, keine militärischen Einrichtungen“, sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Ansprache Montagnacht. Dutzende Augenzeugenberichte würden beweisen, dass es sich um die absichtliche Tötung von Menschen handle. „Die Russen wussten, wohin sie schossen“, sagt Selenskyj. „Für dieses Verbrechen wird es definitiv ein internationales Tribunal geben.“

Montagabend erklärt der Chefankläger am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, Karim Ahmad Khan, dass er Ermittlungen wegen potenzieller Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine aufnehmen werde. Dies solle „so schnell wie möglich“ geschehen. Er habe sein Team angewiesen, Wege zur Beweissicherung zu prüfen.

Die Liste mutmaßlicher Kriegsverbrechen, die im Internet als Videos, Fotos und Zeugenberichte kursieren, wird täglich länger. Sie halten Szenen des Krieges fest, der sich auch gegen die ukrainische Bevölkerung zu richten scheint. Ein Video, zu sehen in einem auf den 25. Februar datierten Tweet, zeigt Schussgeräusche in der südostukrainischen Großstadt Melitopol, dann fliegt eine Granate durch ein Fenster, Flammen lodern auf. Geolokations-Experten konnten mittels Satellitenbildern verifizieren, dass es sich um die Onkologiestation eines Krankenhauses in Melitopol handelt.

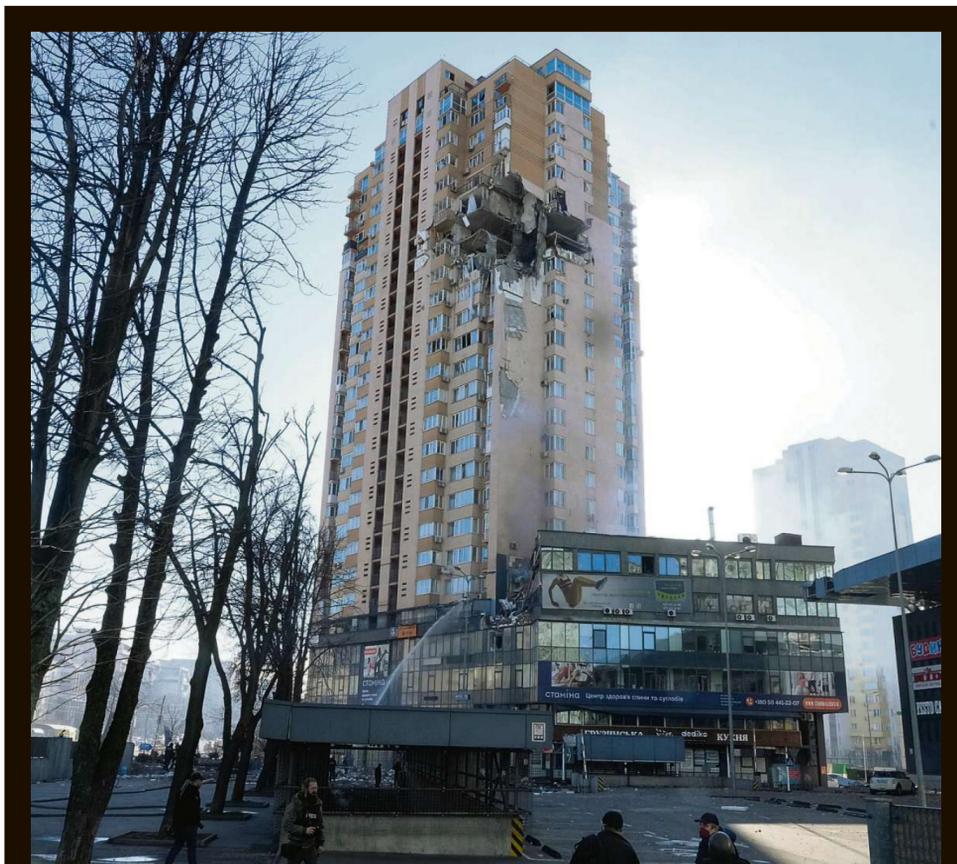
In einem anderen Video vom 25. Februar fährt ein Panzer über eine fast leere Straße in Kiew. Als ihm ein mutmaßlich ziviles Auto entgegenkommt, steuert der Panzer darauf zu und überrollt es. „Mein Gott!“, ruft eine Frau. Ein weiteres Video zeigt, wie Männer den Autofahrer, der überlebte, aus dem zerstörten Auto befreien. Eine Anwohnerin, die den Vorgang selbst nicht beobachtet hat, aber vom Lärm aus Fenster geholt wurde, bestätigte dem Tagesspiegel am selben Tag telefonisch, dass sich der Vorgang auf der Kiewer Straße Heroviv Dnipro im Stadtteil Obolon ereignet habe.

Unklar ist, ob der Panzer ein russisches Fahrzeug war oder ein ukrainisches, bei dem entweder die Kontrolle über die Lenkung verloren ging oder das von russischen Saboteuren übernommen worden sein könnte.

Dass das russische Militär in der Ukraine Wohngebiete und Krankenhäuser angreift, Zivilisten tötet oder verletzt, stellte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International am Freitag in einer Untersuchung fest. Demnach setzten Russlands Streitkräfte dort Raketen und explosive Waffen ein.

Am Sonntag, vier Tage nach Kriegsbeginn, erklärte das ukrainische Gesundheitsministerium, dass 352 Zivilisten, 14 davon Kinder, im Krieg umgekommen seien. Mehr als 1600 Menschen seien verletzt worden.

Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal warf dem russischen Militär am Samstag vor, es habe Kindergärten, Wohnhäuser und Busse mit Kindern angegriffen. „Für diese Verbrechen wird das



Angegriffene Zivilisten. Getroffenes Wohnhaus in Kiew.

Verbrechen und Strafe

Raketen auf Wohnblocks, Kindergärten, Krankenhäuser – Russland begeht offenbar Kriegsverbrechen in der Ukraine. Ungeahndet sollen sie nicht bleiben



Waffen gegen Wehrlose. Zerstörte Außenwand eines Kindergartens und einer Wohnung in der Ostukraine.

Der Widerstand von Berdjansk

In der ukrainischen Hafenstadt haben Bürger die russischen Besatzer aus dem Rathaus vertrieben. Was treibt sie an?

Für einen Moment ist unklar, ob die Lage eskaliert. Da stehen russische Soldaten, die Hände fest an den Maschinengewehren. Ihnen gegenüber die wütenden Bürger von Berdjansk. „Geht nach Hause!“, brüllt einer der Soldaten zu. „Niemand hat sich vor den Soldaten gefürchtet“, erzählt Aleksander Bondarenko, einer der Demonstranten, zwei Tage später dem Tagesspiegel. Im Gegenteil: Einige Leute hätten angefangen, unbewaffnet die russischen Soldaten anzuspringen. „Wir mussten sie zurückhalten, damit sie ihr Leben nicht aufs Spiel setzten.“

Es ist Sonntag, der vierte Tag nachdem Russland die Ukraine überfallen hat. Berdjansk, eine Hafenstadt mit rund 115.000 Einwohnern am Schwarzen Meer, ist an russische Streitkräfte gefallen, bestätigt die ukrainische Regierung. In den nächstgrößeren Städten Mariupol und Saporischschja toben heftige Kämpfe. Am Montag protestieren viele Menschen vor dem Rathaus von Berdjansk. Ihnen gegenüber: Soldaten der russischen Militärpolizei mit Maschinengewehren und Kriegsfahrzeugen. Ratlos.

Die Bürger von Berdjansk schwingen Ukraine-Flaggen, sie singen die National-

hymne, skandieren: „Berdjansk gehört zur Ukraine!“, „Besatzer“ und „Putin, du Arschloch!“ Videos auf Twitter zeigen ihnen gegenüber die wütenden Bürger von Berdjansk. „Geht nach Hause!“, brüllt einer der Soldaten zu. „Niemand hat sich vor den Soldaten gefürchtet“, erzählt Aleksander Bondarenko, einer der Demonstranten, zwei Tage später dem Tagesspiegel. Im Gegenteil: Einige Leute hätten angefangen, unbewaffnet die russischen Soldaten anzuspringen. „Wir mussten sie zurückhalten, damit sie ihr Leben nicht aufs Spiel setzten.“

Eine Frau filmt mitten in einem Pulk aus russischen Soldaten ihre Auseinandersetzung mit diesen. „Leute“, ruft sie, „ich habe Kinder, kleine Kinder, sie sind Ukrainer. Ihr seid in einem fremden Land, ihr wohnt doch nicht hier. Ihr habt Familien zu Hause, eure Frauen, Mütter. Leute, versteht doch eine Sache: Wir brauchen euren Frieden nicht!“ Ein Soldat versucht sie wegzuschubsen, sie wehrt sich: „Hände weg von mir!“ Dann appelliert sie weiter: „Wir hatten Frieden, solange ihr nicht hier wart. Glaubst du uns! Bei uns ist alles friedlich, niemand unterdrückt uns!“

Einer der Demonstranten ist Aleksander Bondarenko, dessen Name zu seiner Sicherheit geändert wurde. Es war zehn Uhr morgens, als der 32-jährige Lebensmittelhändler mit dem Auto am Rathaus von Berdjansk vorbeifuhr und sah, dass die russischen Soldaten es besetzt hatten. „Bevor sie die russische Flagge daran befestigen würden, musste ich etwas tun.“ Einige Menschen hatten sich schon zum Protest versammelt, Bondarenko schloss sich an.

Als Berdjansk am Sonntag eingenommen wurde, habe sich kein einziger ukrainischer Soldat mehr dort aufgehalten, die Streitkräfte waren in Kämpfe in größeren, umliegenden Städten verwickelt. Erst hätten die russischen Soldaten sich am Stadtrand aufgehalten, dann seien sie in die Stadt eingezogen. „Die haben direkt einen friedlichen Bürger erschossen.“ Es sei der Wachmann einer Fabrik gewesen, von dem sie aufgrund seiner Camouflage-Kleidung dachten, er wäre ein ukrainischer Soldat. „Sie haben in die Luft geschossen, sie sind mit schwerem Kriegsgeschütz in die Stadt gefahren.“ Zwei große Raketenysteme habe er, Bondarenko, durch die Stadt fahren sehen.

Am Montag hätten russische Streitkräfte zwei Bomben auf den Hafen von Berdjansk geworfen. Twitter-Videos dokumentieren Explosionen und riesige Rauchwolken. „Das war furchterlich“, sagt Bondarenko. Obwohl es dort weder Zivilisten noch Soldaten gäbe. „Die wollen unsere friedliche Bevölkerung einschüchtern, uns Angst machen.“

Seine Trophäe: Ein Kissen, verloren von einem Russen

Zu Hause, erzählt der gebürtige Berdjansker, säße seine hochschwangere Frau mit ihren zwei kleinen Kindern. „Diesen Krieg, die russischen Soldaten in der Stadt, die Gewalt, das alles können wir nicht gebrauchen.“ Deshalb sei er am Montagmorgen aus seinem Auto gestiegen, um zu demonstrieren. „Der Protest war spontan.“ Immer mehr Menschen hätten sich im Laufe des Tages angeschlossen. Ihre Position sei klar gewesen: „Das ist unsere Heimat, unser Boden. Es gibt hier keine ausgedachten Feinde, vor denen uns die Rus-

russische Kommando sicherlich vor ein Militärgericht gebracht“, sagte er CNN.

Außenminister Dmytro Kuleba verurteilte in einem Tweet Angriffe auf ukrainische Kindergärten und Waisenhäuser. Am Freitag kündigte er an, das Außenministerium werde mit der Generalstaatsanwaltschaft Beweise für Kriegsverbrechen sammeln, um sie dem Strafgerichtshof in Den Haag zu übermitteln. Dem schloss sich die Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa am Sonntag an. Sie sagte der ukrainischen Nachrichtenagentur Interfax, die Ukraine werde beweisen, dass Wladimir Putin der größte Kriegsverbrecher des 21. Jahrhunderts sei.

Russische Saboteure, sagte Wenediktowa, hätten am Samstagabend eine Familie mit drei Kindern in Kiew erschossen. In der Region Cherson hätten russische Truppen auf einen Krankenwagen mit einem Verwundeten geschossen. Die Generalstaatsanwältin sagte, dass russische Truppen Hunderte von Raketenangriffen auf die Zivilbevölkerung gestartet hätten.

„Allein heute Nacht haben die Invasoren Truppen der Russischen Föderation zivile und kritische Infrastruktureinrichtungen angegriffen, darunter: ein Öldepot in Vasykiv, eine Gaspipeline in Charkiw, eine Atommülldeponie in Kiew. All diese Einrichtungen waren keine legitimen militärischen Ziele“, sagte Wenediktowa. Die Angaben lassen sich derzeit nicht unabhängig verifizieren.

„Kriegsverbrechen sind eine schwerwiegende Verletzung des Kriegsvölkerrechts“, sagt Aisling Reidy, leitende Rechtsberaterin bei Human Rights Watch. Das können die absichtliche oder rücksichtslose Ermordung von Zivilisten oder Angriffe auf Wohngebiete sein. Auch Folter oder das Verschwindenlassen von Kriegsgefangenen oder Zivilisten fielen darunter. Reidy sagt: „Wie bei jeder anderen Straftat müssen für ihre Gerichtsbarkeit Beweise gesammelt und dokumentiert werden.“

Nicht nur der Staat, auch Aktivisten haben in der Ukraine begonnen, Kriegsverbrechen festzuhalten. „Der Krieg in der Ukraine hat nicht erst vor ein paar Tagen begonnen, sondern bereits 2014“, sagt Gyunduz Mamedow. Als Staatsanwalt dokumentierte der Bürgerrechtler in der Ukraine von 2016 bis 2021 Kriegsverbrechen in den von Russland kontrollierten Gebieten auf der Krim und im Donbass.

Die aktuelle russische Invasion bezeichnet Mamedow als „Überfall auf alle Menschen, die hier vorher ein normales Leben führten“. Seit Kriegsbeginn sammelt er über eine E-Mail-Adresse Videomaterial, Fotos und Augenzeugenberichte. Das Material solle an ukrainische Gerichte, die ukrainische Polizei und den Internationalen Strafgerichtshof geschickt werden.

„In der Ukraine finden die allergrößten Verletzungen der Charta der Vereinten Nationen statt“, sagt Mamedow. Angeklagt werden können dafür vor allem politische Eliten, im Falle Russlands wäre das Präsident Putin und sein Machtzirkel.

„Russlands Regierung behauptet, sie führe keinen Krieg gegen die ukrainische Zivilbevölkerung“, sagt Mamedow. „Die Informationen, die uns vorliegen, sprechen eine andere Sprache.“ In Sumy, Charkiw, Mykolajiw, Cherson, Tschuhujw seien Bürger, Wohnhäuser, Kindergärten angegriffen worden. Er habe von Plünderungen durch die russische Armee erfahren. „Sie stehlen in Supermärkten, dringen in Wohnhäuser ein, rauben Menschen aus, greifen Krankenhäuser, Krankenhäuser und Kindergärten an.“

Darüber hinaus kennzeichne das russische Militär seine Fahrzeuge nicht und nutze stattdessen zivile Fahrzeuge wie Rettungswagen, um inkognito in ukrainische Städte durchzudringen. Dem ehemaligen Staatsanwalt ist bewusst, dass Kriegsverbrechen auch von der ukrainischen Seite begangen werden könnten. „Daher ruft unser Land seine Streit-

kräfte dazu auf, die Normen des humanitären Völkerrechts zu respektieren.“

Mamedow kritisiert das ukrainische Gerichtssystem, die Aufklärung der Kriegsverbrechen seit 2014 ging in der Justiz nur schleppend voran. „Damit die Bevölkerung Vertrauen in die Rechtsprechung der Gerichte zurückgewinnen kann, müssten nationale und internationale Strafverfolgung stärker miteinander verzahnt werden.“

Um auch die internationale Strafjustiz auf den Plan zu rufen, schickte Mamedow 20 Briefe mit Beweismaterial für Kriegsverbrechen seit 2014 an den Internationalen Strafgerichtshof.

Erschwert wird dessen Kriegsverbrechens-Aufklärung durch die Ukraine selbst. Zwar hat das Land 2000 das Römische Statut, die Vertragsgrundlage des Gerichtshofes, unterzeichnet. Jedoch hat seitdem kein einziger Präsident das Statut ratifiziert und damit dem Gericht die Zuständigkeit über die Ukraine gewährt.

Möglichkeiten – wenn auch eingeschränkte – hat das Gericht jedoch auch jetzt schon: Nach den Kämpfen in der Ostukraine und der russischen Annexion der Krim akzeptierte das Land die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes für Verbrechen, die seit Februar 2014 auf seinem Territorium begangen wurden.

Russische Kriegsverbrecher für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen, ist für das internationale Rechtssystem eine besondere Herausforderung. Russland ist kein Mitglied des Strafgerichtshofes, das Land zog 2016 seine Unterschrift unter dem Beitrittsvertrag zurück.

Den Haags Chefankläger Karim Ahmad Khan sagt am Montag, es gebe „hinreichende Gründe“ für die Annahme, dass in der Ukraine Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden seien. Khan sagt, seine Untersuchung werde sich zunächst mit mutmaßlichen Verbrechen sowie mit Verstößen vor der vollumfänglichen russischen Invasion am 24. Februar befassen. Die Untersuchung, sagt Kahn, solle aber angesichts der aktuellen Kämpfe erweitert werden. Vorerst hat er sein Team gebeten, mit der Sammlung von Beweisen zu beginnen.

Russland, sagt Human-Rights-Watch-Rechtsberaterin Aisling Reidy, weise eine vernichtende Bilanz beim Verüben von Kriegsverbrechen in Konfliktzeiten auf. Die Beispiele reichten von Syrien bis zum Tschetschenienkrieg im eigenen Land. „Für die begangenen Gräueltaten wurden die Täter so gut wie nie zur Rechenschaft gezogen.“ Denn wenn der Strafgerichtshof Anklage wegen Kriegsverbrechen erhebt, muss er die Beschuldigten auf die Anklagebank bringen. Seine Regeln lassen keine Prozesse in Abwesenheit der Angeklagten zu.

Darüber hinaus sabotiert Russland regelmäßig die internationale Aufklärung von Straftaten. So legte es im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen ein internationales Sondertribunal ein, das die strafrechtliche Verantwortlichkeit für den Abschuss des Passagierflugzeugs MH17 klären sollte. Ein Verbrechen, das unter anderem vom Recherchenetzwerk Bellingcat aufgedeckt werden konnte.

Das investigative Medium konnte lange vor der gleichen Schlussfolgerung offizieller Untersuchungen beweisen, dass das Passagierflugzeug MH17 über der Ostukraine von einem aus Russland herangeschafften Raketenystem abgeschossen wurde. Anhand von Satellitenbildern, Karten und Videos gleicht Bellingcat Informationen miteinander ab, um ihren Wahrheitsgehalt abschätzen zu können.

Während der Invasion Russlands in der Ukraine hat Bellingcat eine Datenbank angelegt, um russische Desinformationen zu enthüllen. Die Plattform hat auch den Einsatz von Streumunition auf ukrainische Schulen, Krankenhäuser und Kindergärten dokumentiert.

sen befreien müssen. Weder in unserer Stadt, noch in unserem Land.“

Die Soldaten hätten bei der Besetzung der Stadt einen anderen Empfang erwartet. „In den russischen Staatsmedien wurde behauptet, dass Berdjansk die russischen Besatzer mit Blumen begrüßt hätte, was eine Lüge ist.“ Bondarenkos Stimme zittert vor Wut. „Wir haben demonstriert, um zu zeigen, dass wir sie hasen und ihnen das Schlimmste wünschen.“ Den ukrainischen Streitkräften, den Ukrainern hätten sie zeigen wollen, dass die Bürger Berdjansk nicht aufgeben würden. Und sie hätten moralischen Druck auf die russischen Soldaten ausüben wollen. „Geht nach Hause, solange Ihr noch am Leben seid“, sei eine Parole gewesen, um die Soldaten vor dem Rathaus zu demoralisieren.

Während der Proteste vor dem Rathaus habe sich Oleksandr Swidlo, der Bürgermeister von Berdjansk, mit den russischen Besatzern zu Gesprächen getroffen, um sie zum Rückzug aus dem Gebäude zu bewegen. Gegen 15 Uhr hätten die Soldaten dann damit begonnen, ihr Kriegsgeschütz aus dem Rathaus zu schaffen. Sie räumten auch ihre Privatsachen

aus dem Gebäude, in dem sie sich anscheinend einrichten wollten. „Als sie weggefahren sind, hat ein russischer Soldat ein Kissen verloren“, erzählt Aleksander Bondarenko. „Jetzt habe ich eine Trophäe: das Kissen des Feindes.“

Ganz aus Berdjansk zurückgezogen hätten sich die Russen aber nicht. „Außerhalb der Stadt sind viele Truppen stationiert“, sagt Bondarenko. Die Militärpolizei besetze immer noch mehr als 20 strategisch wichtige Objekte der Stadt: Gebäude der Polizei, Geheimdienst-Einrichtungen, den Fernsehturm.“

Ihr Ziel hätten die Protestierenden mit dem Rückzug der Soldaten zwar vorerst erreicht. „Aber ich mache mir nichts vor: Sie aus dem Rathaus verjagt zu haben, wird nichts daran ändern, dass sie immer noch unsere Stadt besetzen.“ Ohne Waffen könnten die Bürger Berdjansk nicht gegen die schwere Kriegstechnik der Russen ankommen. „Wie auch immer die Situation sich weiterentwickelt“, sagt Bondarenko bevor er aufliegt, um nach Hause zu seiner Familie zu gehen, „wir werden weiter Widerstand leisten, für unser Land demonstrieren, protestieren und kämpfen.“

ALEXANDER KAUSCHANSKI